

Anhang II zu:

DIE GRÜNEN - Vom Hoffnungsträger zum Totengräber?

Ein Beitrag:

- zum zwanzigjährigen Jubiläum der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen,
- zur zehnjährigen Vereinigung von Bündnis 90 und DIE GRÜNEN
- zum 140jährigen Jubiläum der SPD,
- zur Agenda 2010 der rot-grünen Regierungskoalition.

Tristan Abromeit / Mai 2003

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
1. Neoliberalismus aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie	2
2. Neoliberalismus von Karl-Heinz Brodbeck aus: Ethik-Letter LayReport 2/1999, S. 5-9	3
3. Neoliberalismus, Stichwort aus dem elektornischen Brockhaus	6
4. Sozialdarwinismus, Stichwort aus dem elektronischen Brockhaus	6
5. Die geplante Pflegeversicherung: ein ordnungspolitischer Pflegefall! von Tristan Abromeit aus <i>Der der Dritte Weg</i> , Nr. 11 / 1991	7
6. "Sozialdarwinismus" - ein Begriff der "greift", oder lediglich ein Totschlagargument zur Ausschaltung einer ungeliebten Alternative? Ein Beitrag zur Klärung von Tristan Abromeit (Abschrift aus: <i>Der Dritte Weg</i> , 23. Jg., Juli 1992, Nr. 7)	11
7. „Silvio Gesell und Charles Darwin“ - ein verkorkster Beitrag von Franz X. Laxy (in der Zeitschrift <i>Der Dritte Weg</i> - heute Humanwirtschaft -) Auszug aus einer Stellungnahme von Tristan Abromeit vom 12. 11. 1999	16
8. Die Arbeitnehmer beteiligen... Kann die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital durch Investivlohn das Verhältnis zwischen Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen ändern? Von Tristan Abromeit, Neustadt, (Abschrift aus: <i>Bündnis 2000 - Forum für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte</i> , 4.Jg. Nr. 2, 11.2.94)	21
9. Die Konsens-Falle Auszug aus dem SPIEGEL 20 / 2003 S. 34 f.	27
10. Zwei „Kästen“ aus der <i>Zeitschrift für Sozialökonomie</i> zu den Themen <i>Deflation</i> und den Begriffen Kapitalismus und Marktwirtschaft	30

Hinweis auf eine Internetseite: der Neoliberalismus-AG „Warum Neoliberalismus“ http://userpage.fu-berlin.de/~comtess/neolib/texte.neolib.html (Nach der Übersicht auf der Startseite, scheint sie mir intersant zu sein. TA)	

Neoliberalismus

aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie

Dem **Neoliberalismus** wird eine Reihe von ökonomischen Theorien zugerechnet, die sich auf der Grundlage von Adam Smith und von neoklassischen Theorien mit den Problemen von Entwicklungsländern und dem Handel zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländer beschäftigen. Der Neoliberalismus befürwortet eine Liberalisierung des Kapitalmarktes und wird in diesem Zusammenhang oft als neoliberale Reform bezeichnet.

Im Allgemeinen bedeutet der Neoliberalismus eine Abkehr vom keynesianischen Wirtschaftsmodell, das unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg vorherrschend war. In Teilen der Dritten Welt, etwa in Lateinamerika entwickelte sich der Neoliberalismus als kritische Alternative zur Dependenztheorie.

Konkret fordert der Neoliberalismus eine

- stabile Währung und eine Beendigung der Inflation (*makroökonomische Stabilität*)
- einen ausgeglichenen Staatshaushalt,
- die Liberalisierung von Handel und Finanzen
- eine Preisregulierung über den Markt
- Privatisierung

Wichtige Charakteristika sind darüber hinaus ständiger weltumspannender Handel im 24-Stunden-Rhythmus, kontinuierliche Neubewertung der Märkte, sowie existierende Terminmärkte (für Finanzderivate).

Der Neoliberalismus steht in Verbindung mit den Theorien von Friedrich Hayek, Milton Friedman und Arnold Harberger, sowie internationalen Organisationen wie dem internationalen Währungsfond. Ronald Reagan und Margaret Thatcher waren die ersten bedeutenden neoliberalen Politiker in den Industriestaaten.

Von Kritikern wird der Neoliberalismus auch als eine sich vor allem mit Wirtschafts-Aspekten beschäftigende Ideologie bezeichnet, die auf Deregulierung und den Rückzug des Staates bzw. verminderter staatlicher Kontrolle zugunsten freier Märkte setzt. In Deutschland vertritt vor allem die FDP neoliberale Positionen. Von Gewerkschaften und Globalisierungskritikern wird "neoliberal" vor allem als Vorwurf verwendet, da der Neoliberalismus soziale Sicherungssysteme zugunsten einer niedrigeren Steuerlast soweit wie möglich beschränken will.

Kritik

Es wird kritisiert, dass Neoliberalismus den *freien Wolf im freien Stall der freien Hühner* frei wildern lässt, also statt Ungleichgewichte und Unausgewogenheiten auszugleichen diese verschärft (Nord-Süd-Gefälle, Spaltung der Gesellschaft in arm und reich). Die Ansicht kommt aus der Idee, dass der Rückzug des Staates nicht gleichbedeutend mit Rückzug von Fremdbestimmung ist, vielmehr wird der Staat als Bestimmer durch andere Mächte (z.B. Konzerne) ersetzt. Diese unterliegen jedoch meist noch weniger demokratischer Kontrolle als der Staat und sind meist viel Rendite-orientierter als der Staat (wollen also tendenziell mehr

Leistung den Besitzern und weniger Leistung den restlichen Menschen geben). Somit sehen Kritiker im Neoliberalismus den Verlust von Freiheiten für die meisten Menschen statt einen Gewinn.

Eine weitere Gefahr des Neoliberalismus sehen viele im Verlust demokratischer Einflussmöglichkeiten auf das Gemeinwesen. Je mehr bisher öffentliche Bereiche in privates Konzerneigentum übergehen, desto geringer der Einfluss des Volkes (der Wähler und der Parteien) auf diese Bereiche.

Hinzu kommt der völkerrechtlich verbindliche Einfluss der WTO-Schiedsstelle, die bei Streitfällen vermitteln, auf die nationale Gesetzgebung: Wenn ein (privater) Konzern in einer gesetzlichen Regelung (Umweltschutz, Verbraucherschutz, ...) ein Handelshemmnis sieht, drohen dem Staat Sanktionen. Eine Schlichtung durch Gerichte ist nicht vorgesehen.

Opponenten des Neoliberalismus in Theorie und Praxis sind die Ökonomen wie Joseph E. Stiglitz und Amartya Sen und die Globalisierungskritiker.

Diese Gegner können in zwei Gruppen eingeordnet werden: in Keynesianische Ökonomen und in Anti-Kapitalisten. Die Keynesianische Ökonomen (wie Stiglitz) meinen, dass der Markt ein schlechtes Instrument sei, da er stabilisiert werden muss und Fehlschlägen unterliegt. Zu den Gegnern des Neoliberalismus in seiner politischen Umsetzung gehören auch Freiwirtschaftler, da ihrer Meinung nach schon allein eine dauerhaft stabile Währung nicht zu schaffen ist, ohne dass sie umlaufgesichert ist.

Siehe auch: Globalisierung, Marktwirtschaft, Sozialdemokratie, Public Private Partnership, Daseinsvorsorge, ICC, Aussetzung des Handels, Konsens von Washington

Von "<http://de.wikipedia.org/w/wiki.phtml?title=Neoliberalismus>"
Diese Seite wurde zuletzt geändert um 17:47, 11. Mai 2003

aus: *Ethik-Letter LayReport 2/1999, S. 5-9*

Neoliberalismus

Karl-Heinz Brodbeck

Der Begriff Neoliberalismus wurde ursprünglich von einer Gruppe von Ökonomen auf einer Konferenz in Genf im Jahre 1939 geprägt (W. Röpke, W. Eucken, F. A. von Hayek u.a.). Als wirtschaftspolitische Konzeption, die den staatlichen *Rahmen* des Wettbewerbs betont (»Ordo-Liberalismus«), zählt der Neoliberalismus in dieser ursprünglichen Form auch zu den Grundkonzepten der sozialen Marktwirtschaft. F. A. von Hayek hat nach dem zweiten Weltkrieg den Neoliberalismus zu einer dynamischen Theorie sozialer Institutionen weiterentwickelt. Der Kerngedanke hierbei ist, daß sich auch die *Wirtschaftsordnung*, wie der Markt, »spontan« entwickelt. Hayeks Theorie gilt heute als theoretischer Kern des Neoliberalismus.

Der Neoliberalismus hält an der These des *klassischen* ökonomischen Liberalismus fest, daß

das Marktsystem aus sich selbst ein stabiles System erschaffe (*invisible hand*). Neben den Selektionsprozeß des Marktes setzt Hayek jedoch einen Evolutionsprozeß der Regeln des Handelns, in dem die Wirtschaftsordnung als Ergebnis blinder, nicht geplanter Prozesse der Regelselektion verstanden wird (»Ordnung als Resultat menschlichen Handelns, nicht menschlichen Planens«). Konstruktive Eingriffe in die Wirtschaft durch menschliche Planungen lehnt Hayek als »Anmaßung von Wissen« grundsätzlich ab. Prototyp des »konstruktivistischen« Gesellschaftsmodells ist für Hayek der Sozialismus in all seinen Spielarten.

Der Neoliberalismus gewann - neben Hayeks Schriften - vor allem durch die Arbeiten der Chicago-Schule in der Ökonomie an Gewicht - eine große Zahl der Wirtschafts-Nobelpreise seit 1974 ging an Vertreter dieser Schule. Die Chicago-Schule betont die grundsätzliche Überlegenheit des Marktes über alle staatlichen Eingriffe und vertritt in der Geldpolitik eine strikte Bindung an Regeln (»Monetarismus«). Die These des Keynesianismus, daß der Markt zu Unterbeschäftigung und Depression tendiere, wird verneint. Dieser wissenschaftliche Einfluß - begünstigt durch eine gewisse Ratlosigkeit der keynesianischen Ökonomen nach dem Ölpreis-Schock von 1973 und der nachfolgenden »Stagflation« (steigende Preise *und* steigende Arbeitslosenzahlen) - gewann politisches Gewicht durch die Administration von Ronald Reagan und Margaret Thatcher, die sich beide ausdrücklich auf Hayek und die Chicago-Ökonomen beriefen. In jüngerer Zeit haben Chicago-Ökonomen u.a. Rußland in seiner Wirtschaftspolitik beraten.

Der Neoliberalismus erklärt alle Wirtschaftskrisen als schlichtes Resultat staatlicher Eingriffe, als Ergebnis des Versuchs, die »gute« Naturordnung des Marktes durch die »böse« Regulierungswut der Politiker zu stören. Deshalb wird konsequente *Deregulierung* gefordert, um den Marktprozeß von hemmenden Einflüssen des Staates zu befreien. Die Begründung ist einfach: Es ist unmöglich, alle dezentralen Informationen in einer Zentrale zu sammeln - keine Bürokratie ist klüger als die vielen dezentralen Entscheidungsträger. Nur die Marktpreise seien »wahre« Knappheitsindikatoren, einzige Träger von Informationen über wirtschaftliche Tatbestände.

Seit dem Zusammenbruch der russischen Wirtschaft, der Asienkrise und der drohenden Rezession auch in den USA und in Europa zeigen sich die fatalen Folgen neoliberaler Politik. Es handelt sich hierbei nicht zuletzt um *praktische Konsequenzen* aus grundlegenden Schwächen der neoliberalen *Theorie*.

Erstens verkennt der Neoliberalismus, daß Märkte bei Gütern versagen, die nicht privatisierbar sind (Klima, Boden, Meere, etc.). Der exzessive Verbrauch von erschöpfbaren Ressourcen durch die gegenwärtige Generation kann nicht durch den Wettbewerb begrenzt werden - wie der Neoliberalismus hofft. Der Grund ist einfach: Die künftigen Generationen leben noch gar nicht und können deshalb auch nicht qua Wettbewerb ihre Präferenzen auf dem Markt geltend machen (der Staat muß also hier eine *Stellvertreterrolle* übernehmen). *Zweitens* mißtraut Hayek - wohl durchaus zurecht - grundsätzlich staatlicher Macht und befürchtet deren Mißbrauch; er ist aber blind gegenüber dem Machtmißbrauch durch *Private*, z.B. durch weltweit agierende Konzerne, deren Jahresumsatz längst das Sozialprodukt mittelgroßer Länder überrundet hat. Der Markt kann eben nicht nur vom Staat, er kann auch von Privaten manipuliert werden - und die wichtigste Manipulation ist die *Spekulation* mit Waren, Währungen und Wertpapieren. Spekulative Prozesse führen aber - das ist ein *dritter* Einwand - zu einer systematischen Verzerrung der Marktpreise und des Geldwertes. Die neoliberale These, Marktpreise seien der einzig wahre Ausdruck ökonomischer Knappheit, ist angesichts einer dramatischen weltweiten Verzerrung der Marktpreise durch Spekulationsprozesse

unhaltbar geworden. *Viertens* verkennt der Neoliberalismus, daß der Markt auch *ausgrenzt*. Was vom Markt verstoßen wird (in Konkursen, bei Arbeitslosigkeit) oder den Marktzutritt durch eine verkäufliche Ware (z.B. ungelernete Arbeit) gar nicht erst schafft, erscheint auch nicht in der Denkwelt des Neoliberalismus, da er doch nur die Informationen als »wahr« und »gültig« betrachtet, die im Marktprozeß verarbeitet werden. Es wird verkannt, daß der Markt nur ein *kleines kognitives Fenster* der Welt öffnet, und aus diesem Fenster ist die Sicht *systematisch* verstellt. Hungerkatastrophen erscheinen z.B. nicht als einfaches Resultat des Weltmarkts und der Einkommensverteilung (wie der Träger des Wirtschaftsnobelpreises 1998 - Amartya Sen - gezeigt hat), sondern als fremdes, exogenes »Ereignis«. In der Parteinahme für den Markt, damit auch für dessen *ausgrenzende* Funktion und kognitive Beschränktheit, spricht der Neoliberalismus - *fünftens* - implizit ein *ethisches* Urteil über all jene Länder oder Personengruppen aus, die gar nicht oder nur als Zahl in Armut- oder Kriminalstatistiken in Erscheinung treten (z.B. beim Versuch, durch Rauschgifthandel, Diebstahl, Erpressung oder Prostitution eine Eintrittskarte für den Weltmarkt zu erhalten). *Sechstens* ist die neoliberale These, Wirtschaftsprozesse seien *nicht planbar*, angesichts einer weltweit geplanten Produktion und Logistik großer Konzerne und ihrer Zulieferer bestenfalls als *naiv* zu bezeichnen. (Die Forderung einiger Vertreter des Neoliberalismus - z.B. W. Röpke -, große Konzerne zugunsten kleiner Betriebe zu zerschlagen, ist in der Dominanz der Chicago-Ökonomen längst vergessen.) *Siebtens* schließlich verkennen die Anhänger der *De-Regulierung*, daß auch eine Abschaffung von Regeln einen *Eingriff* in das wirtschaftliche System darstellt. Sie maßen sich also ein Wissen an, das sie anderen ökonomischen Schulen absprechen: Das Wissen darum, *welche* Regelungen und *wieviel* Regelung für die Wirtschaft »gut« ist. Zudem waren viele Regeln die *Antwort* auf destruktive Marktprozesse - z.B. das Weltwährungssystem nach dem 2. Weltkrieg oder die Einführung der Sozialversicherung. Wenn Regeln, wie Hayek sagt, tatsächlich blind und evolutionär entstehen, so ist es eine »Anmaßung von Wissen«, konstruktivistisch und von außen solche Regeln abschaffen zu wollen. Deregulierung ist eben nur eine *andere* Regulierung (auch im Interesse *anderer*), folglich das exakte Gegenteil einer »spontanen Ordnung«. Dieser *zentrale* Widerspruch in der *Theorie* Hayeks hat fatale *praktische* Konsequenzen.

Und da die Befolgung neoliberaler Konzepte globale *Fakten* geschaffen hat und weiterhin schafft, können die Anhänger dieser wirtschaftspolitischen Konzeption nicht von der *ethischen Verantwortung* für das entbunden werden, was sich gegenwärtig als planetarische Wirtschaftskrise abzeichnet - ebensowenig, wie die Gründerväter der Sowjetunion für *ihre* Opfer. Global hat der Neoliberalismus als wirtschaftspolitische Praxis viele nationale Volkswirtschaften destabilisiert, die ungleiche Einkommensverteilung weltweit drastisch verschärft, Hunger und Unterernährung multipliziert und das ökologische Desaster beschleunigt. Sogar in den USA sind die Reallöhne - entgegen der ausdrücklichen Prognose Hayeks - langfristig *gesunken*. So verwundert es nicht, wenn einer der führenden Chicago-Ökonomen - Gary S. Becker - heute feststellt: »Die Liebe zur Marktwirtschaft ist abgekühlt«. Jene 1,3 Milliarden Menschen, die täglich weniger als einen Dollar zum Leben haben, werden in dieser Liebe ohnehin stets große Zurückhaltung geübt haben.

© 1999 Ethik-Letter; Karl-Heinz Brodbeck
[E-Mail](#) | [Homepage](#)

15. April 1999

Neoliberalismus,

wirtschaftspolitisches und sozialphilosophisches Konzept für eine Wirtschaftsordnung, die durch die Steuerung aller ökonomischen Prozesse über den Markt, das heißt durch freien, funktionsfähigen Wettbewerb, gekennzeichnet ist. Hauptvertreter sind W. Eucken, W. Röpke, A. Rüstow, A. Müller-Armack, in den USA M. Friedman und die Chicago-Schule. Das im 20. Jahrhundert anknüpfend an Forderungen des klassischen Liberalismus entwickelte Konzept lehnt sowohl das Laissez-faire-Prinzip als auch den Staatsinterventionismus sowie jede Form von Planwirtschaft ab und billigt dem Staat lediglich wirtschaftskonforme Eingriffe zu (z. B. Schaffung und Erhaltung der Rahmenbedingungen für freien Wettbewerb, Verhinderung von monopolistischer und/oder gruppenegoistischer Machtentfaltung). Gemäß dem von der Freiburger Schule entwickelten **Ordoliberalismus** kommt dem Staat die Aufgabe zu, über marktkonforme Maßnahmen nicht nur Privateigentum, Privatinitiative, Vertragsfreiheit und freien Wettbewerb zu garantieren sowie negative externe Effekte und anormales Nachfrage- und Angebotsverhalten zu verhindern, sondern auch Einfluss auf Konjunkturschwankungen und Geldwertstabilität zu nehmen sowie soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu gewährleisten. Der Ordoliberalismus bildet die Grundlage der sozialen Marktwirtschaft. Die in den USA dominierende, stärker von F. A. von Hayek beeinflusste Ausprägung des Neoliberalismus vertraut hingegen weitgehend auf die Selbststeuerung der Marktwirtschaft.

(c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

Sozialdarwinismus,

Sammelbegriff für alle sozialwissenschaftlichen Theorien, die C. Darwins Lehre von der natürlichen Auslese (Selektionstheorie) auf die Entwicklung von menschlichen Gesellschaften übertragen. So wurde die wirtschaftliche und soziale Entwicklung als vom Kampf der Individuen und Gruppen ums Dasein verursacht gedacht und als Grundgesetz der Geschichte aufgefasst (L. F. Ward, W. G. Sumner). Der Sozialdarwinismus bildete eine zentrale Grundlage rassistischer Theorien und diente als Rechtfertigung für bestehende gesellschaftliche Ungleichheit und Diskriminierung.

(c) Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

Die geplante Pflegeversicherung: ein ordnungspolitischer Pflegefall!

Von Tristan Abromeit

(Abschrift aus der Zeitschrift „Der Dritte Weg“, Nr. 11 / 1991 ohne die von der Redaktion beigelegten Grafiken zur Sozialhilfe in Pflegefällen, Entwicklung der durchschnittlichen Lebenserwartung und der geleisteten Sozialhilfe 1990 nach Sparten.)

In den Tageszeitungen und in den Wochenmagazinen wird das Thema "Pflegeversicherung" seit längerem immer wieder aufgegriffen. Erfreulich könnte man sagen, daß endlich einmal ein

Gesetzesprojekt im Volk erörtert wird, bevor es durch die Gesetzgebungsmaschinerie läuft. Aber wird auch gründlich genug diskutiert?

Wenig oder gar nicht wird hinterfragt, warum eine echte Pflegefallversicherung auf freiwilliger Basis kein Lösungsbeitrag sein soll. Es wird auch nicht analysiert, warum die rund zwei Prozent der Bevölkerung, die im Alter auf fremde Hilfe angewiesen sind, in einem der reichsten Länder der Erde ihre Pflege nicht selber finanzieren können. Und noch weniger wird deutlich, von welcher ordnungspolitischen Zielvorstellung her gesehen, die Vorschläge unterbreitet werden.

Die Ordnungspolitik wurde bei uns aber leichtsinniger- und unberechtigterweise in die politische Rumpelkammer gestellt. Darüber hinaus wird von vielen politisch agierenden Zeitgenossen Ordnungspolitik auch noch mit Law and Order, also obrigkeitsstaatlichem Gesetz und Befehl verwechselt.

Ordnungspolitik meint aber denken und gestalten in gesellschaftlich-staatlichen Systemen und das Vorhandensein eines Bewußtseins von der Interdependenz (gegenseitige Abhängigkeit) der Teilordnungen. Und seit Walter Eucken wissen wir, daß es nur zwei reine Typen von Ordnungen gibt, in denen Menschen ihre Produkte und Leistungen austauschen können. Es ist einmal die Verkehrs- oder Marktwirtschaft und als Gegenpol die Zentralverwaltungs- oder Kommandowirtschaft. Marktwirtschaft (als Bezeichnung für ein Kooperationsystem,

bei der die Einzelpläne über Preise und Wettbewerb koordiniert werden) ist nun aber nicht nur ein Gegenbegriff zum Begriff der Kommandowirtschaft, sondern auch ein Gegenbegriff zum Kapitalismus (als die Möglichkeit durch Nicht-Leistung aufgrund von Monopolen oder Privilegien zu Einkommen zu kommen).

Tarnname "Marktwirtschaft" für Kapitalismus

Dabei spielt es eine untergeordnete Rolle, ob der Kapitalismus mehr staatlich oder mehr privatwirtschaftlich geprägt ist. Dies wissen wir wenigstens seit Proudhon und Gesell. Das Vergessen oder Verdrängen dieser Zusammenhänge bewirkt eben, daß den neuen Bundesländern und den osteuropäischen Staaten politisch der Kapitalismus unter dem Tarnnamen "Marktwirtschaft" verkauft werden kann und die Befreiung von zentralistischen Strukturen durch andere zentralistische Strukturen versprochen wird. Das Fehlen von systemorientiertem Denken in der Politik und den Medien führt eben nicht zur Aufklärung, sondern zur Desorientierung mit letztlich freiheitsfeindlichen und inhumanen Konsequenzen. So kommt es auch, daß Norbert Blüm und seine Anhänger - im realtypischen, nicht im idealtypischen Sinn - Kommunisten sind, ohne daß die Öffentlichkeit dies bemerkt.

In der "Wirtschaftswoche" Nr. 37/1991 trägt ein Beitrag von Christa Thoben den Titel "Pflegeversicherung: Baustein des Sozialstaats". Diese Aussage stimmt. Nur der Sozialstaat ist ein Instrument der Entmündigung der Bürger, ein Verhinderer marktwirtschaftlicher, dezentraler Problemlösungsansätze, ein Versuch, die Überwindung des Kapitalismus vermeidbar zu machen und eben kein Instrument, um unter den Bürgern sozialen Frieden in Freiheit zu schaffen. Dem Satz von Christa Thoben: "Eine grundlegende Überprüfung unserer sozialen Sicherungssysteme scheint angebracht" ist zuzustimmen. Nur dürfen solche Aussagen keine rhetorischen Übungen bleiben.

Über pragmatische Hilfe ordnungspolitische Lösung anstreben

Klar ist, daß die aktuelle Not bei den pflegebedürftigen Menschen kurzfristig und pragmatisch neben der ordnungspolitischen langfristigen Lösung angegangen werden muß. Zu bedenken ist aber, daß die innenpolitische Trostpflasterpolitik bei steigenden Kapital- und Staatskosten für jeden Bürger durch die außenpolitische Scheckbuchpolitik an Manövrierfähigkeit verloren hat. Unter diesem Gesichtspunkt ist mittelfristig eine Rebellion der Bürger nur

dann zu vermeiden, wenn die Scheckbuchpolitik als moderne Verteidigungspolitik begriffen wird, die zu Lasten des Verteidigungshaushalts und nicht zu Lasten des Sozialtats geht.

Langfristig kann Sozialpolitik nur dann befriedend wirken, wenn sie ihre Aufgabe so gut macht, daß sie sich als Ressort auflösen kann. Dies ist dann der Fall, wenn die Sozialpolitiker in Konkurrenz zu den Wirtschafts- und Ordnungspolitikern dazu beigetragen haben, die Probleme, die zur Sozialpolitik geführt haben, einer marktwirtschaftlichen Lösung zuzuführen: Zu benennen sind im einzelnen

- *die Einkommens- und Vermögensverteilungsprobleme,*
- *die Konjunkturprobleme,*
- *die Zwangskollektive,*
- *die Steuerlast und*
- *die Verhinderung der Optimierung des sozialen Netzes durch Abwesenheit des Wettbewerbs.*

Sicher ist es so, daß jede Umstellung von gesellschaftlichen Systemen schmerzhaft und kostenträchtig ist (wir brauchen nur an die Umstellung in der ehemaligen DDR und den osteuropäischen Ländern zu denken). Nur, ist es eine kluge Politik, einen generellen Kurswechsel der durch unverrückbare am Horizont aufgetauchte Klippen erforderlich geworden ist, zu vermeiden, nur weil die Berechnung des neuen Kurses nicht geübt wurde?

Ein neues soziales Netz oder Teil-Netz, wie die Pflegefallabsicherung, muß meines Erachtens folgende Kriterien erfüllen:

- a) Generationen, die noch nicht mündig sind oder noch nicht geboren wurden, dürfen nicht mit Lasten an die Kette gelegt werden, gegen die sie sich nicht wehren können.
- b) Das soziale Netz darf nicht zu Fesseln der Freizügigkeit werden. Bürger müssen ihre Rechte, die sie durch eigene Leistungen erworben haben, überall mitnehmen können, wohin sie sich auch in Europa oder der ganzen Welt begeben.
- c) Das soziale Netz darf nicht an einem qualitativen Wachstum durch räuberische Steuersätze gehindert werden und muß gegen seine Aushöhlung durch den Staat per Inflationierung der Währung und der Strapazierung durch Unterbeschäftigung geschützt werden.

d) Das soziale Netz darf nicht daran gehindert werden, sich durch Wettbewerb zu optimieren.

e) Das soziale Netz muß sowohl die Würde, die Freiheit und Eigenverantwortlichkeit der Bürger respektieren.

f) Die Politiker müssen lernen, das soziale Netz als einen Teil der Ökonomie der Arbeitnehmer zu verstehen und zu respektieren. Es darf nicht länger machtpolitische und verteilungspolitische Manöveriermasse bleiben.

g) Ein neues soziales Netz darf nicht länger ein Grund für Schwarzarbeit sein, muß das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber vereinfachen, darf nicht wie bisher in die Tarif- autonomie und die Vertragsfreiheit zwischen Versicherer und Versicherten eingreifen. Auch darf Moralität nicht länger als Steuerungsinstrument dienen.

h) Das soziale Netz darf letztlich keine Menschen anlocken, die Leistungen aus dem Netz erwarten können, ohne vorher entsprechende Vorleistungen erbracht zu haben. (Solidarität mit Menschen, die ohne soziales Netz leben, kann dadurch erwiesen werden, daß ihnen geholfen wird, die rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen für ein eigenes soziales Netz zu stricken. Auch kann niemand einer selbst verantworteten privatrechtlichen Versicherung verbieten, Nächstenliebe zu üben. Diese hat aber dann eine andere Qualität als eine vom Staat erzwungene.)

Ich kann nicht erkennen, daß ein staatlich gestricktes soziales Netz diese Anforderungen erfüllen kann. Ich kann aber wohl erkennen, daß bei Zuwachs an Wohlstand die staatlich gesteuerten Zwangskollektive überwunden werden können. In einer nachkapitalistischen, also marktwirtschaftlichen Sozialordnung konkurrieren freiwillige Sozialabsicherungskollektive der Gewerkschaften, Kirchen und andere Gruppen untereinander und zusammen mit den heute sich noch kapitalistisch gebärdenden privatrechtlichen Versicherungen. TA

"Sozialdarwinismus" - ein Begriff der "greift", oder lediglich ein Totschlagargument zur Ausschaltung einer ungeliebten Alternative?

Ein Beitrag zur Klärung von Tristan Abromeit

(Abschrift aus: Der Dritte Weg, 23. Jg., Juli 1992, Nr. 7)

Der Begriff "Sozialdarwinismus" ist offensichtlich kein Begriff der heutigen Gesellschaftswissenschaften. Ich habe in einem Dutzend Bücher nach einer Erklärung des Wortes gesucht. Weder in Lexika, noch in Büchern der Ökonomie und Soziologie war ich erfolgreich. In einem Buch zur Geschichte der Ökonomie fand ich eine Erwähnung des Begriffes, aber keine Erklärung. Bis ich im "Wörterbuch der Soziologie" von Bernsdorf, Fischer-Taschen-buch 1972, fündig wurde.

Wenn jemand zu denen gehört, die die Wörter Faschismus, faschistoid und Sozialdarwinismus nicht wegen irgendeines überprüfbaren Inhalts gebrauchen, sondern als Symbole, die schlechthin für das Böse stehen und mit denen man so schön und leicht tatsächliche oder vermeindliche Gegner "tot"-schlagen kann, wie in früheren Zeiten mit den Begriffen Hexe und Ketzler, für den sind die nachfolgenden Auslassungen sicherlich in den Wind geschrieben. Wer aber einsichtig ist und guten Willens, möge diesen Versuch einer sachlichen Abklärung bedenken.

Da ist viel Überheblichkeit gegenüber unseren und anderen Altvorderen festzustellen, die viele gegenwärtig schreibenden und redenden Zeitgenossen an den Tag legen. Nicht bedacht wird der Hohn und Spott, mit dem wir vermutlich von unseren Nachgeborenen überschüttet werden, weil wir Heutigen glauben, moralisch unübertreffbar und auf einem nicht mehr übertreffbaren Wissensstand zu sein.

Wer denkt, der kann auch irren. Wer das Irren unterbinden will, der unterbindet das Denken.

Der Irrtum ist der Geburtshelfer der Wahrheit. Gefährlich wird es nur dann, wenn der er-

kennbare Irrtum durch Macht zur Wahrheit erhoben wird, der dann Menschenglück und -leben gopfert werden. Wenn z. B. in der "Obstbausiedlung Eden" großer Menschen gedacht wird, weil sie dort einstmals gewirkt haben, dann sollte Marx nicht vergessen werden, der in jenem Landstrich vermittels der SED geherrscht hat, der sich aber wohl gegen die SED gestemmt hätte, wen er die politischen Konsequenz aus seinem Denken selbst erlebt hätte.

Was sagt nun das Wörterbuch zum Stichwort "Sozialdarwinismus"?

"Der sog. S. geht nicht auf Charles Darwin zurück, sondern auf/Herbert Spencer ..."
Wir müßten also eigentlich vom Sozialspercerimus sprechen.

"Diese amerikanischen Anfänge des S. waren avantgardistisch, die akademische Jugend, mit ihren jungen Professoren, griff nach Spencers 'The Study of Sociology (...)' als der damaligen Form fortgeschrittener Aufklärung; sie wurde darin bestärkt durch den Widerstand aus theologischen Kreisen."

Also, wenn damals Aufklärung nicht frei war vom Irrtum, warum sollte heutige Aufklärung immer eindeutig richtig sein?

"Die 'klassischen' Lehrbestandteile des S. sind dabei folgende:

1. Die menschliche Gesellschaft ist ein Teil der Natur, folglich finden auf sie auch die Gesetze der Natur Anwendung. Die Soziologie ist daher, ganz nach Spencers Vorbild, hineinzustellen in eine umfassende Kosmologie."

Kommentar: Nach diesem Satz wären große Teile der Ökologiebewegung "Sozialdarwinisten", denn es ist ja geradezu eine Wiederentdeckung, daß der Mensch nicht über der Natur steht und daher nicht beliebig in sie eingreifen darf, sondern als ihr Teil - trotz seiner Besonderheit als denkendes Wesen - sich einzuordnen hat.

- "2. Der 'Kampf ums Dasein' (struggle for existence) und das 'Überleben der Tauglichsten' (survival of the fittest), d. h. der Bestangepaßte, sind solche Gesetze. Sie sind ein Teil der Gesamtkonomie der Natur."

Kommentar: Ich denke, der Mensch als Gattung kann den 'Kampf ums Dasein' mit anderen Gattungen durchaus verlieren, wenn er sich selbst durch Atomstrahlen, genetische Experimente oder biologische Waffen umbringt oder seine natürlichen Lebensgrundlagen zerstört. Warum sollen nur die Dinosaurier aussterben? Anpassung an Lebensmöglichkeiten wird also den Menschen schon abverlangt. Aber die Sozialdarwinisten irrten, wenn sie annahmen, daß der Kampf in der Ökonomie der Menschen - der schon Jahrtausende alt ist - etwas mit dem subtilen Anpassungsprozeß in der Natur zu tun hat.

Der Kapitalismus in seinen privatwirtschaftlichen und staatswirtschaftlichen Varianten ist ein geradezu naturwidriges Element in der Ökonomie der Menschen. Der Krieg am Golf entsprach nicht der Logik des Anpassungsprozesses der Natur, wohl aber des kapitalistischen "Kampfes ums Überleben". Die Natur strebt nach Dezentralität und Vielfalt, der Kapitalismus nach Zentralisation und Einfalt. Der Kurzttext über Sozialdarwinismus läßt auch vermuten, daß der Mensch nicht als ein soziales Wesen - ein Wesen, das nach Ausgleich strebt - erkannt wurde.

"3. Die Menschen sind von Natur aus ungleich, daher spiegelt auch die gesellschaftliche Hierarchie diese Ungleichheit. Auch diese Entsprechung gehört zur Ökonomie der Natur. (...)"

Kommentar: Die natürliche Ungleichheit ist eine Bedingung der Vielfalt. Die rechtliche Gleichheit ist eine Bedingung der Demokratie. Die tatsächliche Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung kann nicht - wie der Sozialpsychologe Peter R. Hofstätter einmal feststellte - in der natürlichen Ungleichheit der Menschen liegen. Es bestehen im Kapitalismus keine Korrelationen zwischen der Streuung der Intelligenz oder körperlichen Geschicklichkeit der Menschen und der Einkommens- und Vermögensverteilung (oder nur ganz bedingt). Die Freiwirtschaft ist nicht die Stütze irgendeiner Hierarchie, sondern die Lehre von der Akratie, deshalb wird sie wohl auch von machtbesessenen Menschen bekämpft.

"4. Aus solchen Auffassungen ergibt sich eine streng deterministische Auffassung der Gesellschaft. In die Ökonomie der Natur greift man am besten nicht ein; man soll den sozialen Fortschritt, der sich auf Grund der Naturgesetze von selbst vollzieht, möglichst ungehindert vonstatten gehen lassen."

Kommentar: In die Ökonomie der Natur greift man zweckmäßigerweise tatsächlich nicht ein - und wenn, dann nur im Rahmen ihrer Gesetzmäßigkeit. Die Ökonomie der Menschen ist aber keine unmittelbare Natur, der soziale Fortschritt stellt sich nicht von alleine ein. Gesell schreibt im Vorwort zur 3. Auflage der "Natürlichen Wirtschaftsordnung": "Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat."

"5. Diese gedankliche Basis ermöglicht es, das Walten der Naturgesetze mit dem Willen Gottes zusammenfallen zu lassen. Der klassische S. basiert stimmungsmäßig auf einer naturalisierten Krypto-Religiosität."

Kommentar: Ich kann keinen Zusammenhang mit Gesell oder der von ihm begründeten Ökonomieschule erkennen.

"6. Hieraus resultiert eine scharfe Ablehnung jeder staatlichen Interventionspolitik (z. B. Sozialpolitik), die ja das normale Walten der Ausleseprozesse nur stören würde."

Kommentar: Die Ablehnung der Interventionspolitik heute ist nicht nur ein Anliegen der Freiwirtschaftsschule, sondern aller liberalen Schulen und zwar nicht, weil sie einen vermeintlichen Ausleseprozeß stören könnte, sondern weil die an Tagespolitik orientierten staatlichen Interventionen den Zwang zu immer neuen Interventionen in sich tragen. Der Bürokratismus wächst, die Freiheit bleibt auf der Strecke. Statt ökonomische Störungen zu beseitigen und soziale Gerechtigkeit herzustellen, verursacht die Interventionspolitik neue Störungen und neue Ungerechtigkeiten. Gegen eine Sozialpolitik werden nur dann Einwendungen erhoben, wenn sie der Herrschaft der Verbände und Bürokraten dient und jene, denen sie nutzen soll, ausbeutet und entmündigt. Die Freiwirtschaftler und die Ordo-Liberalen fordern die Gestaltung eines ökonomischen und ökologischen Ordnungsrahmens, in dem das freie Spiel der freien Kräfte zum Wohl des einzelnen und der Gesamtheit stattfinden kann.

Die Freiwirtschaftslehre ist im Gegensatz zur sozialdarwinistischen keine Rechtfertigungslehre einer vergangenen oder gegenwärtigen "Wirtschaftsgesellschaft, einschließlich ihrer Miß- und Notstände", sondern eine wirksame Anklage unserer heutigen Gesellschaften, indem sie aufzeigt, wie solche Mißstände überwunden werden können.

Ich denke, wer den Begriff "Sozialdarwinismus" auf die Freiwirtschaft anwendet, hat erstens keine Ahnung von der Ökonomie, pflegt zweitens einen schludrigen ehrabschneidenden Umgang mit der Sprache und hat sich nie mit freiwirtschaftlichen Inhalten auseinandergesetzt.

Der Freiwirtschaftsschule ist schon alles mögliche unterschoben worden, je nachdem ob die Anwürfe aus marxistisch-ideologischer Befangenheit, aus Überheblichkeit von Vertretern anderer Schulen oder aus politischer machtorientierter Opportunität heraus erfolgten.

Fest steht für mich: Wenn die demokratischen Parteien, insbesondere die SPD nach dem ersten Weltkrieg lernfähiger und aufgeschlossener den freiwirtschaftlichen Erkenntnissen gegenüber gewesen wären, wäre das ökonomische Elend in der Weimarer Republik und damit Hitler vermeidbar gewesen.

Belegt ist:

- 1.. daß unter den Nazis freiwirtschaftliche Organisationen verboten waren, freiwirtschaftliche Leute in Bedrängnis oder ins KZ gebracht oder gar totgeschlagen wurden.

- 2.. daß freiwirtschaftliche Leute unter bundesrepublikanischer Flagge in Bedrängnis gebracht wurden und daß freiwirtschaftliche Organisationen selten oder nie wie vergleichbare Organisationen öffentliche Zuwendungen und Spenden von Großunternehmen erhalten haben.
3. daß unter sowjetischem Besatzungsrecht in der DDR freiwirtschaftliche Leute in Bautzen eingesperrt waren oder nach Sibirien geschafft wurden. Zwei Freunde, die betroffen waren und in Berlin begraben liegen, habe ich noch kennengelernt. Walter Michel und Will Noebe. Will Noebe hat seine Geschichte beschrieben in "Wie es wirklich war - 7 1/2 Jahre politischer Gefangener des N.K.W.D, in Ostdeutschland und Sibirien".

Die freiwirtschaftlichen Gruppen konnten nie Massen zu ihren Mitgliedern zählen. Auch kann man sagen, daß die Gesellianer in diesem Jahrhundert bisher zum Nachteil des großen Glücks der großen Zahl die ewigen politischen Verlierer waren. Aber der Mensch leidet solange unter seinen Schmerzen, bis er den Ursachen seines Schmerzes nachgeht und nach Linderung oder Überwindung sucht. Der politische Verlierer ist aber nicht immer der politisch Erfolglose.

In der Ökonomie sind viele Dinge inzwischen Allgemeingut, die zumindest von der Freiwirtschaft mit geprägt worden sind. Die geistige Arbeit, die zum ursprünglichen Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geführt hat, wurde von Freiwirtschaftlern mitgetragen. In der Ausgabe des Magazins "Der Spiegel" vom 9. September 1953 ist über Ludwig Erhard zu lesen: "Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld der Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse." Diese Hemmnisse bestätigte er mir später auch aufgrund einer Frage auf einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum. In diesem Spiegel-Artikel steht für die weitere Arbeit der freiwirtschaftlichen Organisationen eine bedeutende Aussage:

"Bei seinem Lehrer Franz Oppenheimer hatte der Student Erhard in den zwanziger Jahren begierig die für seine spätere Einstellung nicht unbedeutende Lehre der Oppenheimerschen Synthese von Sozialismus und Liberalismus aufgenommen: 'Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich-so

ziale Klassen-Verhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht."

Da freiwirtschaftliche Leute entgegen ihrem Ruf, den sie mancherorts haben, vieldimensionale Aktivisten sind, kann es passieren, daß man z.B. bei der Suche nach Referenten für die Permakultur auf freiwirtschaftlich denkende Leute stößt.

Die Urgründungszelle der GRÜNEN war eine freiwirtschaftliche Gruppe. Georg Otto von den Liberalsozialen in den GRÜNEN kann darüber berichten. Nachzulesen ist das auch in Anna Hallensleben "Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? - Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980".

Aber auch hier war es so, daß besonders Linke unterschiedlicher Färbung aufgrund ideologischer Eifersüchteleien, politischer Arroganz, organisatorischer Skrupellosigkeit und verlogener Vorwürfe die Gründungsgruppe in die Bedeutungslosigkeit gedrängt haben. Das hat natürlich auch seinen Preis: Eine grüne Partei mit einem freiwirtschaftlichen Grundverständnis hätte bei Wahlen leicht einen Anteil zwischen 10 und 20% der Stimmen erhalten können. Sie hätte allein durch eine marktwirtschaftlich fundierte Öffentlichkeitsarbeit verhindern können, daß Helmut Kohl und seine Mannen den ehemaligen DDRlern den Kapitalismus als Marktwirtschaft verkaufen konnten. Auch wäre ein sanfterer Übergang mit befriedenderen Perspektiven möglich gewesen.

Desinformation ist eine üble politische Waffe. Wer heute ohne genaue Definition den Begriff "Sozialdarwinismus" verwendet, dient nicht der Aufklärung: er betreibt Diffamierung.
TA

„Silvio Gesell und Charles Darwin“

- ein verkorkster Beitrag von Franz X. Laxy

(in DDW 11/99)

Auszug aus einer Stellungnahme von Tristan Abromeit vom 12. 11. 1999

Da der Name Franz Laxy in meinen Ohren einen positiven Klang hat und sein Thema mich interessiert und auf neue Erkenntnisse erpicht, war ich auf seinen Artikel neugierig. Ich wurde

aber sehr schnell enttäuscht und habe gedacht: „Der Franz hat auch schon besseres geleistet. Es ist zum Mäusemelken! So kann man doch nicht mit einem politisch hochsensiblen Thema umgehen!“ Und doch finde ich es gut, daß er seinen Artikel geschrieben und Bernd Hercksen ihn veröffentlicht hat. Ist das ein Widerspruch? Nein! Erstens bringt eine mangelhafte Darstellung eines Themas viel eher eine (notwendige) Diskussion in Gang als eine glatte, an der es nichts zu mäkeln gibt, und zweitens erfüllt der Redakteur einer Zeitschrift, die ihrem Selbstverständnis nach eine an Freiheit und Wahrhaftigkeit ausgerichtete politische Position vertritt (Oder nicht?), die an ihn gerichtete Erwartung, auch bei schwierigen Themen nicht zu kneifen. ...

Die Personen Charles Darwin Und Silvio Gesell, die Bedeutung ihrer Lebensleistungen für die Gegenwart und Zukunft (und auch mögliche Wirkungen auf das Naziregime) kann man durchaus zu einem Thema machen. Man wird feststellen, daß neue Erkenntnisse nicht nur beglücken. Und man muß sich im Klaren sein, daß die Forschungsgebiete dieser beiden Männer unterschiedlicher Natur sind.

Man kann auch den Sozialdarwinismus mit der Freiwirtschaft vergleichen. Man muß aber erst einmal verklären, daß man Darwin den Sozialdarwinismus nicht anhängen kann. Wenn man dann anschließend Sozialdarwinismus und das freiwirtschaftliche Modell vergleicht, muß man erst einmal die Wesensmerkmale dieser beiden Modelle herausarbeiten und dann anschließend nach Übereinstimmungen und Widersprüchen suchen.

Auch die Wirkungen bestimmter Ideen auf ihre Zeit ist ein Thema. Aber dieses Thema kann man nicht nur mit der Arroganz des besserwissenden Nachgeboren - der die Folgen kennt - abhandeln, sondern man muß sich auch in die Zeit und Umstände ihrer Entstehung hinein versetzen. Heute kann fast kein Thema behandeln ohne auf die Ökologie Bezug zu nehmen. In fünfzig oder hundert Jahren werden die Menschen wissen, wieviel gedanklicher Unsinn - darunter sicherlich auch gefährlicher - heute produziert wurde und noch wird. ...

Sicher muß auch die Verstrickung von FreiwirtInnen in den Nationalsozialismus thematisiert werden. Wer aber hier „den ersten Stein wirft“ muß sich wirklich tief in das Thema, in die Motivation und Zielsetzungen der Betroffenen aus der damaligen Sicht (in der es ja auch Gegenpositionen gab) hineinknien. Das ist nicht leicht. Es wurde versäumt, die Betroffenen einer wissenschaftlich fundierten Befragung ohne vorherige Bewertung zu unterziehen. Ich habe sie

schon Jahrzehnten angemahnt. Es mag vereinzelt ein Ausweichen des Themas aus taktischen Gründen oder persönlicher Schuldbetroffenheit gegeben haben. Der eigentliche Grund dürfte sein, daß die wenigen freiwirtschaftlichen Menschen ständig überfordert waren. Nicht einmal Formulierungen, Schriften und Bücher, die uns heute eindeutig verdächtig erscheinen, waren es aus damaliger Sicht nicht. Die Widerständler gegen Hitler, die wir heute zur Minderung unseres kollektiven Schuldgefühls feiern kamen mehrheitlich aus dem rechten Spektrum, verstanden sich als die eigentlichen Repräsentanten des sauberen Nationalsozialismus. (So hörte ich es neulich in einer Radiosendung.) Es sind immer nur wenige Menschen die sich politisch engagieren. Bei uns dürften es nur 5% innerhalb und außerhalb der Parteien sein. Trifft nur diese Minderheit die Schuld, wenn es politisch schief geht, wenn Mord und Totschlag statt der paradiesischen Zustände die Realität prägen? Kann man überhaupt politisch tätig werden, ohne Schuld auf sich zu laden? Wieviel Menschen mußten seit dem Ende des Naziterrors auf dieser Welt vorzeitig sterben oder hungern und frieren, nur weil die freiwirtschaftlichen Erkenntnisse nicht angewendet wurden. Das das so ist, liegt zu vorrangig bei denen, die die „Botschaft“ kannten, aber zögerlich, ungenügend, unqualifiziert oder einfach mutlos vertreten haben. Wir, die demokratischen Freiwirte mit den sauberen Händen sind es, die schuldig geworden sind, die durch ihre Unfähigkeit das Morden nicht gestoppt haben. Wir, die wir heute politisch aktiv sind, sind wir nicht auch gezwungen uns nach Verbündeten umzuschauen oder uns auf Parteien einzulassen, von denen wir nichts Gutes erwarten können? Die historische Wahrheit ist, daß der Nationalsozialismus am Beginn seines Aufstieges alle Gruppen in eine Pro- und Kontrahaltung zur NSDAP gespalten hat. Die NSDAP konnte täuschen und spalten, weil a) die Demokraten (im In- und Ausland) erst einmal solche katastrophalen Zustände geschaffen hatten, in der die wirren Ziele der Nazis als erlösende Botschaft empfunden wurden, b) die Pragmatiker das bereits sichtbare Böse der NS-Ideologie nach dem Motto „Alles heiße Luft“ unterschätzt haben und die Hellsichtigen (auch unter freiwirtschaftsbewegten Menschen) mit ihren Mahnungen, keine hungrigen Mäuler stopfen konnten und c) weil die NS-Propaganda (wie alle Parteipropaganda) an die Ideale der Bürger anknüpfte und ihre Bedrückungen benannte. Man kann mit Berechtigung sagen: Wenn die freiwirtschaftliche Theorie nach dem ersten Weltkrieg praktische Politik geworden wäre, hätte es kein NS-Regime gegeben. Wenn Gesells rationale Entlastung der Juden von (nicht nur in Deutschland) kursierenden Schuldzuweisungen für die ökonomische Drangsal eine allgemeine von der Wirtschaftswissenschaft gestützte Aufklärung geworden wäre, dann wäre die Sündenbockrolle für die Juden nicht mehr haltbar gewesen. Das eigentliche Thema müßte sein: Die Schuld vor und nach der großen Schuld. ...

Wer sich zur Konkurrenz, also zum Wettbewerb äußern will, muß sich erst einmal klar machen, daß der *Wettbewerb* die Kehrseite der Medaille *Freiheit* ist. Die Beteiligten in einem System des Wettbewerbes bewegen sich im reinen Modell auf einer Ebene. Die Alternative zum Wettbewerb ist die Zuteilung. Die Zuteilung in ausgebauter Form (also nicht nur als Korrekturmittel) ist nicht ohne Hierarchie denkbar. Wir landen im Idealfall beim demokratischen Zentralismus, real vermutlich meistens bei einem Hohepriester, Führer oder Diktator. Aber kein Prinzip ist so gut, daß es keiner Korrekturen durch Ausnahmen bedürfte. Die Begriffe „kaufen“ und „erwerben“ können wir dem Wettbewerb zuordnen, die Begriffe „schenken“ und „übertragen“ dem Zuteilen. Das Schenken, das Übertragen von Ansprüchen und Rechten, hat aber eine ganz andere Qualität, wenn es freiwillig aus einem Überschuß des Erwerbs erfolgt, als wenn diese via Staat aus abgepreßten Steuern erfolgt. Außerdem kommt es natürlich auf die Ausgestaltung des Wettbewerbes und damit der Freiheit an. Der Wettbewerb führt im Kapitalismus zur Konzentrationen der Vermögen und Unternehmen und damit zum Tod der Vielfalt. Der marktwirtschaftliche Wettbewerb ist sanfter (aber nicht lascher) Natur, er produziert Vielfalt und ermöglicht auch, sich partiell aus dem Wettbewerb heraus zuhalten. (Beispiel: Ein Musiker kann sich in Konkurrenz mit anderen Musikern um einen Auftritt zu seinem Preis (seiner Bedingung) in einem Konzertsaal bewerben. Er kann aber auch durch Kneipen, Kindergärten und Altenheim tingeln und sich seinen Lohn als Spende zuteilen lassen. In einem generellen Zuteilungssystem muß der Musiker erst einmal nachweisen, daß er mit seiner Musik auf der offiziellen Linie der Kulturpolitik liegt und die Berechtigung zum Auftritt erworben hat. Er kann nicht einmal in das Zuteilungssystem des Straßenmusikanten ausweichen, weil in einem generellen Zuteilungssystem die freiwillige Zuteilung ein Störfaktor ist.) ...

Wenn wir für oder gegen einen größeren Umfang oder gar der Reduzierung der Staatstätigkeit streiten, müssen wir vorher über einige Dinge Klarheit schaffen, weil wir sonst gar nicht wissen warum wir uns - symbolisch gesprochen - gegenseitig die Köpfe einschlagen. Wir müssen beschreiben von welchem Menschenbild und welchem Gesellschaftsmodell wir in unserer Argumentation ausgehen. Das ist schon viel aber noch nicht alles: Schon das was Staat ist, wird unterschiedlich gesehen. Für die einen ist der Staat einfach die Rechtsgemeinschaft von Menschen, die auf einem bestimmten Territorium wohnen. Beim anderen sind die Begriffe Staat und Gesellschaft Synonyme. Wieder ein anderer mag im Staat nur eine Hilfsorganisation der Gesellschaft zu erblicken. Und aus dem Hintergrund ruft dann noch einer: Wo bleibt in der

Aufzählung das Volk? Und wir werden gleich wieder an dem Spruch erinnert: „Du bist nichts, Dein Volk ist alles!“ Diese Einschätzung gibt es ja nicht nur in der völkischen, sondern auch in der sozialistischen Variante. Und dann kommt noch der Begriff *Sozialstaat*. Vielfach wird darunter eine Art Kühlschranksocialismus verstanden. Dieser Begriff meint eine Situation in der jedermann sich jeder Zeit aus dem Kühlschrank bedienen darf, ohne sich Gedanken machen zu müssen, wie er denn wieder aufgefüllt wird. Das Grundgesetz meint aber - wenn ich einen Vortrag zu diesem Thema richtig verstanden habe - bei dem Begriff Sozialstaat eine Situation die der Staat ermöglichen muß, in der alle, die dazu körperlich und geistig in der Lage sind, ihren Lebensbedarf in Übereinstimmung mit den Grundrechten erarbeiten können. In der freiheitlichen und grundgesetzlichen Vorstellung ist der Sozialstaat in Form des Kühlschranksocialismus nur die Ausnahme für die BürgerInnen, die nicht leisten können. Diejenigen die Leistungen erbringen können haben Anspruch darauf, daß Strukturen geschaffen werden, die es ermöglichen, daß sie auch ihre Leistungsfähigkeit beweisen können. Die Arbeitslosen sind also ein Beweis für die Verfassungsfeindlichkeit von Parlament und Regierung. ...

Die Benutzung der ebenfalls unscharfen Begriffe, Ideologie, Wissenschaft und Utopie sind in unserem langwierigen Klärungsprozeß um unseren Standort und um die geeignete Argumentation und Zielbeschreibung ein weiteres Hindernis. Ich will hier gar keinen Klärungsversuch starten. Ich will nur darauf hinweisen, daß die Begriffe häufig benutzt werden, um die Argumente des anderen ab- und die eigenen aufzuwerten. Der verstorbene Rudolf Bahro verstand sich in der DDR als Ideologe, als Lehrer oder Wissenschaftler, der sich in der Welt der Ideen auskennt. Er mußte, als er in die BRD kam, sehr schnell umlernen, weil hier ein Ideologe ein Mensch ist der klassenspezifische oder weltanschaulich geprägte Interessen vertritt, also eine antiwissenschaftliche Position einnimmt. Wiederum haben andere Menschen - darunter auch Ökonomen - Zweifel daran, ob „DIE ÖKONOMIE - eine Wissenschaft?“ ist. So die Frage im Buchtitel von Lionel Honoré. ...

In Dresden hat es in 1994 eine Ausstellung mit dem Thema „Darwin und der Darwinismus gegeben. In einer Ausstellungsbesprechung des Tagesspiegels vom 24. 5. 1994 ist zu lesen:

„Darwin selbst war an der Umdeutung seiner Befunde in die Gesellschaftstheorie, in den 'Sozialdarwinismus' des ausgehenden 19. Jahrhunderts, nicht beteiligt. Doch frappiert die Gleichzeitigkeit der Evolutionstheorie mit dem Legitimationsbedarf des Konkurrenzkapitalismus und, aus diesem erwachsen, doch nicht allein auf ihm beruhend, des nationalstaatlichen Imperialismus.“

Ich habe in meinem Bücherbestand eine Schrift von Rudolf Genschel mit Titel „Charles Darwin - Mensch zwischen Glauben und Wissen“ vorliegen (1959, 62 Seiten). Diese Schrift eignet sich m.E. zum Nachdruck in Raten im DDW. ... TA

Die Arbeitnehmer beteiligen...

Kann die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital durch Investivlohn das Verhältnis zwischen Kapitaleinkommen und Arbeitseinkommen ändern?

VON TRISTAN ABROMEIT, NEUSTADT

(Abschrift aus:

Bündnis 2000 - Forum für Demokratie, Ökologie und Menschenrechte, 4.Jg. Nr. 2, 11.2.94)

"Der Kapitalismus ist noch immer ungerecht. Von 1982 bis 1992 stieg das Einkommen der Deutschen insgesamt um 72 Prozent, das der Kapitalbesitzer (der Rosenthals) um 121 Prozent, das der Arbeitnehmer aber nur um 52 Prozent. Somit ging deren Anteil am Gesamteinkommen von 71,4 auf 63 Prozent zurück. Diese Umverteilung von unten nach oben ist nicht durch Nominallohnsteigerungen zu bewältigen. Denn dem Arbeitnehmer wird aus der Preistasche herausgezogen, was er in die Lohntüte hineinbekommen hat. Also endlich Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital durch Investivlohn." (Leserbrief von Prof. Philip Rosenthal an den STERN)

Ob die Zahlenangaben von Prof. Rosenthal genau sind, kann ich z.Z. nicht überprüfen. In der

Tendenz stimmen sie bestimmt: Schaut man sich die Salden zwischen den Zinszahlungen und Zinseinnahmen der Haushalte an, dann sind nur zwei von zehn Haushaltsgruppen auf der Gewinnerseite. Die Dividende - die ja nur eine besondere Ausprägung des Zinses ist -, an der die Arbeitnehmer nach mehreren Jahren in unterschiedlicher Höhe Anteil am Produktivkapital hätten, kann daran nichts ändern, schon weil das Problem "Kapitaleinkommen" gar nicht angefaßt wird. Ich spreche nicht generell gegen einen Investivlohn. Wir haben allen Grund, uns unsere Köpfe darüber zu zerbrechen, wie die Arbeitnehmer Miteigentümer ihrer Arbeitsstätten werden können, damit sie im Vergleich zur jetzigen Mitbestimmung - die nur unbedeutend ihre Fremdbestimmung aufhebt - ein substantielles Mitbestimmungsrecht erhalten. Aber auch, um die oft demütigende Fremdkontrolle durch eine effektivere Leistungseigenkontrolle zu ersetzen.

Es gilt überhaupt, in größeren Unternehmen so etwas wie eine innerbetriebliche Marktwirtschaft zu entwickeln, damit die hierarchischen Strukturen mit ihrem Unterwerfungsanspruch so weit abgebaut werden können, wie sie leistungsmindernd wirken und inhuman sind. Die innerbetriebliche Dezentralisation und Kompetenzverlagerung in Gruppen mit begrenzter Autonomie ist als Aufgabenstellung und Realisierung bei uns in der BRD viel zu spät in Angriff genommen worden. Das Symbol der Unternehmung sollte nicht die Pyramide, sondern die Kugel sein, wobei eine gleichgewichtige gegenseitige Abhängigkeit zwischen dem Zentrum und den Rändern hergestellt werden muß. Die Kristallisation des Leistungszentrums würde in einer nach-kapitalistischen Gesellschaft durch die Unterzentren, Abteilungen, Gruppen und einzelne Mitgesellschafter erfolgen und nicht durch außerbetriebliche, an der Rendite orientierte Interessen.

Der Investivlohn sollte aber nicht als ein Kleister mißbraucht werden, der die Arbeitnehmer an das Unternehmen binden soll. Diese Kleisterfunktion dient längerfristig weder den Unternehmen noch den Arbeitnehmern.

Für die Unternehmen ist der Investivlohn durchaus interessant, weil ihre Eigenkapitaldecke dadurch größer wird und sie somit unabhängiger von Fremdkapitalgebern werden. Bei den Arbeitnehmern ist der Vorteil nicht so eindeutig: Vorteilhaft für sie ist der Investivlohn dann, wenn die Alternative der Verzicht auf einen Teil des Lohnes ist: z.B. in der Aufbauphase eines Unternehmens oder bei befristeten Liquiditäts- oder Auftragsengpässen bei sonst mangelnden Arbeitsangeboten mit Vollohn.

Wenn er nicht individuell zwischen Unternehmen und Arbeitnehmer vereinbart wird, ist der Investivlohn eine Art Zwangssparen. Jene Arbeitnehmer, die schon heute über eine Sparsumme verfügen, die mehr als Rücklage für die Wechselfälle des Lebens ist, würden sich von sich aus an den Unternehmen, in denen sie arbeiten, beteiligen, wenn ihnen nicht immer (besonders von SPD- und Gewerkschaftsseite) eingeredet würde, sie könnten kein Risiko tragen.

Individuelles geht vor betriebswirtschaftlichem Interesse

Dabei müssen Arbeitnehmer ständig - egal ob unter SPD- oder CDU-dominanter Politik - das viel größere Risiko tragen, das aus der mangel- und wechselhaften Wirtschaftspolitik resultiert. Aber ein Großteil der Arbeitnehmer, denen man mit "Zwangssparen" oder Förderprämien zu Vermögen verhelfen will, würde von sich aus sparen und investieren, wenn ihre "Unternehmen", die Privathaushalte, von diversen Kosten (Steuern, Beiträge zu den "sozialen" Zwangskollektiven und Zinslasten, besonders für die Wohnung) entlastet würden. Man kann häufig in unmittelbarer Nähe beobachten, daß Arbeitnehmer, die aufgrund von Rabattangeboten Aktien ihres Unternehmens gekauft haben, nur darauf warten, daß die mit den verbilligten Aktien gekoppelten Sperrfristen ablaufen, damit sie sie verkaufen können, um das größte finanzielle Loch im eigenen Haushalt zu stopfen.

(Im übrigen habe ich noch nie eine Berechnung der Kosten staatlicher Förderungspolitik gesehen. Die Kosten gehen ja nicht zu Lasten des Kapitaleinkommens, sondern zu Lasten des Arbeitseinkommens. Und wenn ich hier von Arbeitseinkommen spreche, dann ist der Arbeitnehmerlohn einbezogen.)

In einer solchen Situation treten gegenüber dem Investivlohn jene Vorbehalte auf wie bei der Gewinnverteilung in einer Produktivgenossenschaft, in der die Mitglieder im Mangel leben. Sie entscheiden sich für die Auszahlung und gegen eine betriebswirtschaftlich vielleicht überlebensnotwendige Investition. (Dies gilt bei der Genossenschaft besonders dann, wenn die Mitglieder beim Ausscheiden aus derselben nicht ihren realen, sondern nur ihren nominellen Anteil am Unternehmen realisieren können.)

Nach meiner Einsicht läßt sich das Ziel der leistungsgerechten Einkommensverteilung und - in dessen Folge - Vermögensverteilung weder mit dem Investivlohn noch mit genossenschaftlichem Anteilseigentum realisieren. Die Parole auszugeben: "Hole dir über die Dividende und den Aktienkursgewinn einen Teil dessen zurück, was man dir vom Lohn abzwackt!", ist auch nicht sozial: Denn abgesehen davon, daß dieser Anteil am Kapitaleinkommen minimal bleiben wird, bleiben zu viele Arbeitnehmer übrig, die sich aufgrund eines gesetzlich verordneten oder

kollektiv vereinbarten Investivlohns in bezug auf ihre Haushaltskasse noch mehr verschulden müssen als bisher.

Zum Thema "Genossenschaft"

gibt es einen informativen kritischen Beitrag von Joachim Wiemeyer mit dem Titel: „Produktivgenossenschaften und selbstverwaltete Unternehmen - Instrumente der Arbeitsbeschaffung?“¹. Diese Arbeit sollte nicht in wissenschaftlichen Archiven verstauben, sondern über Buchvertriebe zu denen gelangen, die sich in dieser Richtung Hoffnungen machen. Mich reizt es, auf der Basis der Erkenntnisse von Jäger und Wiemeyer eine Arbeit anzufangen mit dem Titel "Die Produktionsgenossenschaft 2000 - befreit vom ideologischen Ballast, der entstanden ist aufgrund einer falschen Kapitalismusanalyse und der Fesseln des Genossenschaftsgesetzes". Eine solche Schrift könnte vielleicht auch eine Hilfestellung für die ostdeutschen Produktionsgenossenschaften sein, denn "Schätzungen gehen davon aus, daß auf mittlere Sicht lediglich 10 % der ehemals 3000 Produktionsgenossenschaften im Wettbewerb bestehen können." (Helmut Ruwisch in "Die Entwicklung der ostdeutschen gewerblichen Genossenschaften in Handel und Handwerk", Vorträge/Heft 30, Institut für Genossenschaftswesen)

Einkommensverteilung rangiert vor Unternehmensbeteiligung

So wie Marktwirtschaft und Kapitalismus keine Synonyme sind - auch wenn sie mit Schaden für Individuen und Gesellschaften so verwendet werden - und ganz unterschiedliche Begriffsinhalte haben², so sind auch leistungsgerechte Einkommens- und Vermögensverteilung einerseits und Beteiligung der Arbeitnehmer an ihren Unternehmen zwei verschiedene Themen.

Wahrscheinlich ist, daß sich die Frage der Unternehmensbeteiligung von selber beantworten würde, wenn das Problem der Einkommensverteilung gelöst würde. Aber umgekehrt über eine Unternehmensbeteiligung der Arbeitnehmer die Einkommensverteilung ändern zu wollen, wäre ein vergeblicher Versuch, der nur Enttäuschung produzieren könnte.

Unabhängig von den Verteilungsfragen halte ich es jedoch für erforderlich, über konkurrierende Beteiligungsmodelle (ohne staatliche Förderung) nachzudenken. Und zwar aus folgenden Gründen: Zum einen, um den Arbeitnehmern ein Stück individueller (nicht kollektiver) Emanzipation von Fremdbestimmung zu ermöglichen; zum anderen, um andere in

1 Arbeitspapiere des Instituts für Genossenschaftswesen der westfälischen Wilhelmsuniversität, Nr. 8, Sept. 1986, Adresse: Am Stadtgraben 9, Münster

2 Die Gleichsetzung von Marktwirtschaft als Koordinations- und Kooperationstechnik mit dem Kapitalismus als Ausbeutungstechnik hat zu der Konfusion in der politischen Ökonomie geführt, die wir beobachten können. Denn marktwirtschaftliches Verhalten ist gesellschaftsförderlich, kapitalistisches in der Konsequenz (gar nicht mal in der Absicht einzelner Individuen) gesellschaftsfeindlich. Wenn wir die Begriffe nicht auseinanderhalten, arbeiten wir jenen zu, die möchten, daß die ökonomischen Verhältnisse so bleiben, wie sie sind.

nerbetriebliche Strukturen mit dem Ziel der Leistungssteigerung der Unternehmen zu ermöglichen. Die größte Vergeudung unserer Unternehmen geschieht dadurch, daß die Arbeitnehmer aufgrund hierarchischer Strukturen und aufgrund dessen, daß ihnen "ihre" Unternehmung in der Regel als ihr Gegner erscheint, nur einen Bruchteil ihres Wissens und Könnens einbringen bzw. einbringen können.

Arbeitnehmer als Mitunternehmer?

Es ist also auch unabhängig von den Problemen der Einkommens- und Vermögensverteilung interessant und notwendig, sich mit der Beteiligung der Arbeitnehmer an ihren Unternehmungen zu beschäftigen. Da die Marktwirtschaft ja ein Ökonomie-Modell ist, das geradezu nach einer Vielfalt von Unternehmensmodellen dürstet, sollte man meinen, daß die Förderung von Beteiligungsmodellen ein Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik, der Gewerkschaften, der Genossenschafts- oder der Arbeitgeberverbände ist. Das ist jedoch besonders für die Alt-BRD eine Fehleinschätzung. Eine Beteiligung des Arbeitnehmers an einem Fonds, der Anteile an Unternehmen hält und in dem der Gewerkschaftsfunktionär einen Aufsichtsratsposten hat, das war und ist für Gewerkschaftler noch vorstellbar. Aber die Idee, den Arbeitnehmer zum selbstwertbewußten Mitunternehmer zu machen, wird überall, wo sie auf den Tisch kommt, von den Vertretern der herkömmlichen "Arbeiterbewegung" mit erheblichem Mißtrauen belegt. CDU-Politiker wiederum sahen in einzelnen Versuchen von Arbeitnehmern, die die Übernahme von in Konkurs geratenen Betrieben planten oder probten, das Einfallstor des Kommunismus in die BRD. Und die Genossenschaftsfunktionäre hatten für die Idee der Produktionsgenossenschaft in der Regel nur ein müdes Lächeln. Die Unternehmen, die von sich aus ihren Arbeitnehmern eine substantielle Beteiligung angeboten haben, waren und sind bezogen auf die Gesamtzahl der Unternehmen Exoten. Aber trotzdem gilt: Unser Gesellschaftsrecht bietet eine breite Palette von Rechtsformen für die Beteiligung der Arbeitnehmer als Gesellschafter bzw. Genossen an. Da gibt es z.B. für die Schifffahrt noch die Rechtsform der Partenreederei, die fast von der Öffentlichkeit vergessen wurde. Mir ist auch eine Vereinigung bekannt, die im Zusammenwirken von Unternehmen und deren Arbeitnehmern jeweils passende Beteiligungsmodelle erarbeitet.³ Gute Beiträge zur Genossenschaft finden sich auch in der "Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen". In einer Abhandlung von Werner Knick mit dem Titel 'Die gewerbliche Produktivgenossenschaft in Deutschland' findet sich z.B. der Satz: "Zur Verhandlung

3 Michael Lezius, Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Partnerschaft in der Wirtschaft e.V., Töpferhofweg 26, Kassel.

kommt die These, daß statt der Produktivgenossenschaften, deren 'Nichtfunktionieren' trotz entgegenstehender Beispiele wie selbstverständlich behauptet wird, die Nichtexistenz von Produktivgenossenschaften in der alten Bundesrepublik auf einen korrekturbedürftigen Effekt genossenschaftswissenschaftlicher Theoriebildung zurückzuführen ist. "4

Und die Gewerkschaften?

Den erforderlichen Änderungen steht auch das Selbstverständnis der Gewerkschaften entgegen. Gewerkschaften, so wie sie heute sind, können nur wachsen und gedeihen, wenn es den Arbeitnehmern schlecht geht. Nur dann sucht der Arbeitnehmer Zuflucht bei ihnen und zahlt ohne Murren seine Beiträge. Bei guter Konjunkturlage geht es den Gewerkschaftsfunktionären in ihren Versammlungen so wie den Pastoren heute in der Kirche; Sie predigen leeren Stühlen. Die Folgerung daraus ist, daß die Gewerkschaften heutiger Form ein Hemmnis sind auf dem Wege zu einer wirklichen Besserstellung der Arbeitnehmer. Der hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionär wird in der Regel nichts tun, was seine Stellung beeinträchtigt. Dies merkt man auch daran, daß sie sich gegen Lohnindexklauseln wenden und ein geringes Interesse an Beteiligungs- und Selbstverwaltungsmodellen haben. Dabei könnten die Gewerkschaften eine neue, sogar eine Vorreiterrolle für eine bessere ökonomische Zukunft übernehmen, in der es den hauptamtlichen Gewerkschaftsmitarbeitern dann besser geht, wenn es den Arbeitnehmern auch besser geht. Ich denke, die Gewerkschaften müssen sich zu Dienstleistungsgenossenschaften - also zu

Unternehmen - wandeln, die folgenden Funktionen (konkurrierend mit anderen Institutionen) übernehmen könnten: örtliche und überörtliche Arbeitsmarktanalysen für Arbeitnehmer und Beteiligungsunternehmer, Berufsberatung, Arbeitsplatzvermittlung, Berufsausbildung und die Abdeckung der Risiken der Arbeitnehmer von der Haftpflicht über die Arbeitslosenversicherung bis zur Altersversorgung.

Aber vorerst müssen wir damit leben, daß weder die Unternehmerverbände noch die Gewerkschaften Förderer der Marktwirtschaft sind. TA

4 Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, Organ für Kooperationsforschung und-praxis, Nr. 43, S. 197-216, ISSN 0044-2429, Vandenhoeck & Ruprecht, 1993.



Demonstration gegen DDR-Beitritt nach Artikel 23*: Die im Grundgesetz vorgesehene Entscheidung über eine Verfassung fiel aus

6

DER SPIEGEL 20/2003

Auszug aus dem SPIEGEL 20 / 2003 S. 34 f.

Die Konsens-Falle

Das Grundgesetz galt lange als Glücksfall der Geschichte - doch nach 54 Jahren ist sein Glanz erloschen. Experten machen das von Eingriffen lädierte Regelwerk voller Konstruktionsfehler für die Blockade dringend notwendiger Reformen in Politik und Gesellschaft verantwortlich.

... Aber es geht in Wahrheit mehr ums Land. Ist die drittgrößte Industrienation der Erde überhaupt noch regierbar? Auf der Basis ihrer 54 Jahre alten Verfassung, so lautet die Antwort,

eher nicht.

„Bürger, auf die Barrikaden!“, rief der bissige Historiker Amulf Baring in der „Frankfurter Allgemeinen“ zur Revolution auf. „Wir dürfen nicht zulassen, dass alles weiter bergab geht, hilflose Politiker das Land verrotten lassen. Alle Deutschen sollten unsere Leipziger Landsleute als Vorbilder entdecken, sich ihre Parole des Herbstes vor 13 Jahren zu Eigen zu machen: Wir sind das Volk!“

Ein überzogener, möglicherweise gar hysterischer Appell? Mit kaum verhohlener Zustimmung zitierte Hans-Jürgen Papier, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, das Pamphlet aus dem vergangenen November jüngst in einer Rede zur Reformbedürftigkeit der deutschen Demokratie.

Heulen und Zähneklappen bei den Verfassungspatrioten der Republik. Der Stolz der Deutschen seit mehr als einem halben Jahrhundert wird nun von Juristen, Politikexperten und Wirtschaftsführern, von Rechten wie Linken zur Disposition gestellt. Das Provisorium aus der Nachkriegszeit, so die von der offiziellen Politik noch unter dem Tisch gehaltene Diagnose, taugt nicht zum Regieren....

... In Meinungsumfragen löste das Grundgesetz, im Rechtsdeutsch kurz „GG“, seit 1994 gar die wirtschaftlichen Erfolge der Bundesrepublik als größte Quelle des deutschen Nationalstolzes ab. Die alte Klade, das Provisorium aus dem Jahre 1949, ist das einzige Ausstattungstück der Nation, bei dem die Deutschen glänzende Augen bekommen. Und hat sich nicht gleich die ganze Welt dieses Meisterwerk deutschen Juristengeistes zum Vorbild genommen? ...

... Die Garantie der Menschenwürde in Artikel 1, die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, das Versammlungsrecht: Kaum eine andere Demokratie - außer vielleicht die amerikanische - hat einen so weiten und wirksamen Rahmen für den freien und offenen Diskurs ihrer Bürger gesetzt.

Den Staat des Grundgesetzes konnten auch die Linken lieben. ...

... So weit reicht die Zuneigung, dass die politische Klasse der alten Bundesrepublik vom Grundgesetz selbst dann noch nicht lassen mochte, als es mit dem Mauerfall von 1989 nach seinem höchsteigenen Maßstab hinfällig wurde.

Seine Väter und Mütter hatten ihre Schöpfung bewusst als „Provisorium“ für ein „Staatsfragment“ (Carlo Schmid) konzipiert, um - in den Worten der Präambel von 1949 - „dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben“. Bis zu jenem Tag X nämlich, an dem „das gesamte deutsche Volk ... in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands“ vollenden würde.

Davon allerdings wollten viele in der Bundesrepublik der späteren achtziger Jahre möglichst nichts mehr wissen. Die Präambel galt weithin als Anachronismus, die deutsche Teilung als besiegelt. Das ehemalige „Trizonesien“ war zu einem international geachteten Musterland herangereift, das sein Heil in der Westbindung suchte.

Dass mit der Wiedervereinigung nicht nur die DDR, sondern auch die Bundesrepublik untergegangen sein sollte, schien für die gerade mit sich selbst ins Reine kommenden Wessis zu viel zu sein - die Brüder und Schwestern im Osten durften nur unter der Bedingung beitreten,

dass „die beste Verfassung, die das deutsche Volk je gehabt hat“ (Altbundespräsident Karl Carstens), dabei unangetastet bliebe.

Selbst die Bayern, deren Parlament das Dokument nie ratifiziert hatte, standen plötzlich wie ein Mann hinter der Gründungsurkunde der Bonner Republik: „Etwas Besseres als das Grundgesetz gibt es nicht“, belehrte Ministerpräsident Max Streibl den DDR-Premier Hans Modrow.

Eine Entscheidung über eine neue Verfassung, im alten Artikel 146 GG für den Fall der Fälle eigentlich vorgesehen, fiel aus. Man dürfe das „Fenster der Gelegenheit“ zur Wiedervereinigung nicht durch eine langwierige Verfassungsdebatte zufallen lassen, hieß das nicht von der Hand zu weisende, da und dort gelinde Bedenken zurückdrängende Argument.

Verhindert werden sollte so aber auch, dass ostdeutsche Bürgerrechtler im Verbund mit euphorisierten Verfassungsrevolutionären aus der westdeutschen Juristenszene eine an Runden Tischen ersonnene Verfassung des Dritten Weges ins Werk setzten, in der womöglich noch das „Recht auf Sonnenschein“ (Otto Graf Lambsdorff) proklamiert würde.

Also ließ man die DDR lieber nach Artikel 23 dem „Geltungsbereich des Grundgesetzes“ beitreten - und ignorierte geflissentlich die frühe Warnung von Verfassungsvater Carlo Schmid: „Auch der Beitritt aller deutschen Gebiete wird dieses Grundgesetz nicht zu einer gesamtdeutschen Verfassung machen.“

An Stelle der alten Präambel fand sich fortan nur noch eine dürre Vollzugsmeldung: „Die Deutschen ... haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk. Q unkt und Ende der Diskussion. ...

... Wiederbelebungsversuche in der 1992 einberufenen Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat - ein Zugeständnis an die empfindsamen Ostdeutschen im Einigungsvertrag - wurden konsequent unterbunden. Als Lordsiegelbewahrer des Altbundesrepublikanismus gab der stramm konservative Staatsrechtler Rupert Scholz im Auftrag Helmut Kohls die Marschrichtung vor: Festhalten am „bewährten Grundgesetz“. Das Land blieb in der Konsens-Falle stecken.

Keine Chance für plebiszitäre Elemente, die Direktwahl des Bundespräsidenten oder Staatsziele wie Recht auf Arbeit, Wohnung oder Zugang zu Bildung. Nach fast zwei Jahren, 35 Sitzungen, 800 000 Bürgerzuschriften und einem 400 Seiten zählenden Abschlussbericht blieb nur ein Häuflein Änderungsvorschläge übrig. Der prominenteste Verfechter einer Grundüberholung, der ostdeutsche Bürgerrechtler Wolfgang Ullmann, hatte da schon enttäuscht die Brocken hingeworfen und das Gremium verlassen....

... Bürger, auf die Barrikaden? All diese Vorschläge sind von Verfassungsexperten in Reformkommissionen seit langem diskutiert und immer wieder beschrieben worden. Verändert hat sich bisher nichts.

Denn Verfassungsreformen, wissen die Profis, sind zwar nicht so blutig wie Revolutionen. Aber viel mühsamer.

THOMAS DARNSTÄDT, HANS MICHAEL KLOTH

ISSN 0721-0752

ZfSÖ

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Stefan Brunnhuber & Bernard Lietaer **3** **Bewusstsein und Geld – Ein Beitrag zu einer evolutionären Ökonomie**
- Peter Rühmann **10** **Japans Krise – Bietet sich als Lösung die Einführung von Freigeld an ?**
- Helmut Creutz **13** **Deflation – ein Gespenst geht um !**
- Norman Ehrentreich **19** **Diskussion über Nullschanke nominaler Zinsen**
- 25** **Leserbriefe – Bücher – Veranstaltungen**
- 39** **33. Mündener Gespräche**

40. Jahrgang **136.** Folge März 2003

Internet: www.sozialoekonomie.de

E-Mail: versand@gauke.de

E-Mail: redaktion-onken@web.de

Über den Gegensatz von Marktwirtschaft und Kapitalismus

"Der Begriff 'Kapitalismus' ist kein Synonym für 'Marktwirtschaft', sondern für deren monopolistische Entgleisung. Mit vollstem Recht wehrt man sich dagegen, die Marktwirtschaft der vollständigen Konkurrenz als 'Kapitalismus' bezeichnen zu lassen – mit vollstem Recht wird betont, dass die 'kapitalistisch' genannte Wirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts eine schwere pathologische Entartungsform, ja in vielem geradezu das Gegenteil der echten Konkurrenzwirtschaft darstelle. Aber gerade wenn dem so ist, brauchen wir doch dringend einen eigenen unterscheidenden Terminus für diese historische Entartungsform. ... Wir unterscheiden dann also von der freien Marktwirtschaft der vollständigen Konkurrenz ... die entartete subventionistisch-monopolistisch-protektionistisch-pluralistische Wirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts, welche letztere wir 'kapitalistisch' nennen."

aus dem Nachwort von Sibylle Tönnies "Die liberale Kritik des Liberalismus" zu Prof. Dr. Alexander Rüstow (1885-1963):
Die Religion der Marktwirtschaft. Münster 2001. Walter Eucken Archiv – Reihe Zweite Aufklärung Band 2. S. 179-180.
Besonders empfehlenswert ist das Kapitel "Der dritte Weg" auf den Seiten 41-100 dieses Buches.

Zeitschrift für Sozialökonomie 136/2003

Wider das "gefährliche Gift" der Deflation

"Es ist gar nicht einmal nötig, dass die Warenpreise tatsächlich fallen, um das Geld zu veranlassen, sich vom Markte in seine Festung zurückzuziehen. Es genügt, dass nach allgemeiner Ansicht die Preise fallen werden ... , um dadurch das, was man erwartet oder befürchtet, wirklich eintreten zu lassen. ... Dies zeigt uns, wie es kommt, dass manchmal über Nacht ein Krach, eine Krise, ein Schwarzer Freitag ausbrechen kann, der Tod und Verderben um sich streut. ...

Der Zins fällt in dem Maße, wie das Realkapital im Verhältnis zur Bevölkerung wächst. ... Fällt also der Zins der Realkapitalien unter das herkömmliche Maß, so wird kein Geld mehr für solche Anlagen hergegeben. Kein Zins, kein Geld. ... Wenn der Zins der Sachgüter fällt, so zieht sich das Geld, das in diesen Anlagen bis dahin Verwendung fand, zurück. ... Und weil das Geld sich zurückzieht, weil die Nachfrage fehlt, gehen die Preise herunter und der Krach ist wieder da. ...

Die Preise dürfen niemals und unter keinen Umständen fallen. Das ist die Bedingung, die erfüllt werden muss. Und wie kann man das erreichen? Wir erreichen das: 1. indem wir die Geldherstellung nach den Bedürfnissen der Menschen ausrichten, und 2. indem wir das Geld so gestalten, dass dieses unter allen Umständen gegen Waren angeboten wird und zwar selbst dann noch, wenn der Zins des Geldes sowohl wie der Zins der Realkapitalien fällt und schwindet."

Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung (1920), in: Gesammelte Werke Band 11, Lütjenburg 1991, S. 185, 191 und 194 – 195. – Ders., Der Preisabbau, in: Gesammelte Werke Band 17, S. 269.

Zeitschrift für Sozialökonomie 136/2003